

Maxime an Würde des Menschen

von Freiherr Arne Georg von Hinkelbein - 7. Februar 2019

Was ist die Würde des Menschen und welchen Wert hat sie? Fragt man einen „Experten“ oder eine „Behörde“ was oder wie sie die Würde des Menschen oder die Menschenwürde definieren, so gleicht die Antwort einem Eiertanz. Warum ist das so? Die Antwort ist ebenso einfach wie plausibel: „Weil eine „Behörde“, ein Staat, keinen Zugriff auf den Menschen hat, ihn nicht judizieren darf, sondern nur auf PERSONEN und PERSONEN keine Menschen sind, sondern Objekte.

Wir müssen zwischen einer inneren und einer äußeren Würde unterscheiden. Die innere Würde ist ein Bewußtseinszustand, der eng mit der Ehre und der eigenen Wertschätzung, also dem Selbstwertgefühl, verbunden ist. Über die innere / eigene Würde wird sehr viel philosophiert und soll hier nicht das Thema sein. Sehr viel wichtiger erscheint das Thema der äußeren Würde, die Würde, die die Herrschaftsstruktur dem Menschen gegenüber verpflichtet ist, entgegenzubringen. Das setzt voraus, daß in dem Menschen zunächst ein Bewußtseinswandel stattgefunden hat und er sich nicht mehr zum Objekt, also zur PERSON degradieren läßt. Wer das verstanden hat, fällt als Melkkuh, als Dienstleister und Erfüllungsgehilfe des Herrschaftssystems aus. Man könnte auch sagen, daß dieser Bewußtseinswandel in vollem Gange ist und immer mehr Menschen davon betroffen sind. Das ist die eigentliche Bedrohung des Herrschaftssystems, dem entgegenzutreten ist. Das ist der tiefe Grund, warum Kontrolle, Repressalien gegen Bürger und Fakenews an Intension zugelegt haben. Durch den Bewußtseinswandel verliert das Herrschaftssystem die Kontrolle und die Medien die Meinungshoheit.

Im Bereich der „Verwaltung“ (Treuhand) wird der Mensch als Objekt behandelt, da er dem Zugriff der Verwaltung nicht unterliegt. Er ist im System eine **PERSON, eine Vermögensmasse**, also „Verwaltungsvermögen“ (Treugut). Die „Behörde“, der Staat täuscht vor, die Vermögensmasse (PERSON) sei der Mensch, da vorgeblich beide den gleichen Namen verwenden. Der Staat darf jedoch den Menschen in einer Art und Weise zu einem bloßen Objekt nicht herabwürdigen, denn dies ist eine Verletzung der Menschenwürde. Der Name ist der Schlüssel!

In der Staatsform eines Königreiches, als absolute Monarchie, ist der König das Staatsoberhaupt. Die Würde des Königs ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Die Würde des Königs wirkt absolut und bedeutet, daß keine staatliche Gewalt gegen den König stattzufinden hat. Kein Staatsbediensteter kann sich über den König erheben, ihn vergewaltigen, ihn denunzieren, ihn mit Geldforderungen überziehen, ihn mit Steuern belasten oder sonst wie einer Gängelung oder Beanspruchung unterziehen.

Genau so verhält es sich in einer Demokratie, in der die Menschen die Erschaffer des Staates sind und deren oberster Souverän bilden, deren Würde unantastbar ist und die zu achten und zu schützen Verpflichtung aller staatlichen Gewalt ist. Der Staat und die Staatsdiener sind einzig und allein für den Menschen da, um als Treuhand dem Lebenswohl des Menschen zu dienen. Ohne Menschen kein Staat!

Jedoch funktioniert unter dieser Prämisse die heutige erdachte Staatsform nicht, denn das heutige System basiert auf der Grundlage einer temporären Sklaverei, in der die Menschen als zu plündernde Energiegeber betrachtet werden.

Mit der Eintragung eines Säuglings in ein Geburtenregister erschafft der Staat zwei, drei Tage später treuhänderisch einen Vertragskörper, eine PERSON durch Erstellung einer Geburtsurkunde (Gründungsurkunde) und ordnet die staatliche Gewalt dem Menschen durch diese PERSON zu. Auf Grund der Urheberschaft (Staat) handelt es sich dabei um eine juristische PERSON. Fortan verwaltet der Staat die PERSON, weist ihr Rechte und Pflichten zu, die er Gesetze (Statuten) nennt und nimmt den Menschen für die PERSON in die Leistungspflicht. Ein perfektes Ausbeutungssystem ist erschaffen einzig um den „Staat“ und viel mehr seine Nutznießer, damit ist nicht das Volk gemeint, zu finanzieren. **Eine Inanspruchnahme der (juristischen) PERSON und ihrer Rechte kann dem Menschen nicht gegen seinen Willen durch die Bestimmung eines anderen aufgezwungen werden.** Dies würde der gesetzlichen Tatsache widersprechen, daß die Würde des Menschen unantastbar ist. Daher stellt sich aufgrund der Urheberschaft der PERSON die Frage nach der Herstellerhaftung oder der Produkthaftung, wer diese zu tragen hat?

Ein Staat kann keine Haftung übernehmen, nur ein Mensch. Daher haftet der Mensch für die Verbindlichkeiten des Staates und ist aus diesem Grund sein Gläubiger und der Staat der Schuldner des Menschen, für die der Mensch auch Zinsen erhalten muß. Verzichtet der Mensch auf Zinszahlungen vom Staat, so ist er von sämtlichen Abgaben und Steuern zu befreien, da mit Steuern und sonstigen Abgaben die Zinsen des Staates bei Gläubigerbanken bedient werden.

Eine Würde der PERSON gibt es nicht. Diese Täuschung gilt es zu verschleiern und daher ist eine Verletzung der Menschenwürde kein Straftatbestand in der Staatssimulation, denn ein Mensch steht außerhalb des Rechtskreises eines Staates und ist aus diesem Grund nicht judizierbar. Es sei denn, er verletzt die Rechte eines anderen Menschen. Der geschädigte Mensch hat ein Recht auf "Schadenersatz".

Wie sollte die Würde eines Königs in einer absoluten Monarchie durch einen „Staatsbediensteten“ (Staatsdiener) verletzt werden? Sie kann schlicht und ergreifend nicht stattfinden. Genau so verhält es sich in einer heutigen Demokratie. Eine Verletzung der Menschenwürde kann und darf nicht durch einen Staatsbediensteten (Staatsdiener = Diener des Volkes. Das Volk ist gleichzusetzen mit dem Menschen, denn PERSONEN können kein Volk bilden) stattfinden. Tut er es dennoch, so ist er aus dem Staatsdienst zu entfernen und auf sonstige Weise zu sanktionieren und er hat darüber hinaus Schadenersatz zu leisten.

Daher ergibt sich folgende juristische „Maxime an die Würde des Menschen“

- Die Würde des Menschen ist unmittelbar geltendes Recht, nicht nur eine Absichtserklärung. Sie ist der **oberste Wert des Grundgesetzes**, denn der Mensch, ein geistig sittliches mit Sprachvermögen begabtes Wesen, als eine Schöpfung Gottes, ist in der Wertehierarchie eines Staates in ehrenvoller ranghöchster Stelle, der den Staat erschuf und er ist aus diesem Grund sein Eigentümer. Die Menschenwürde ist ein objektives Recht, nicht abwägungsfähig, ein "Grundsatz", welcher vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht binden und den Staat zu einem bestimmten Tun verpflichtet.

- Die Menschenwürde steht am Beginn der Verfassung und ist "unantastbar", das heißt sie darf nicht eingeschränkt werden. Sie ist also der oberste Wert der Verfassung, der vor allen anderen Werten, Rechten und Interessen Vorrang genießt. Die inhaltliche Bedeutung der Menschenwürde ist vor dem Hintergrund dieser Absolutheit zu verstehen, damit Diskussionen nicht mit dem Verweis auf dieses höchste Gut der Verfassung vorschnell beendet werden können. (Prof. Dr. Stefan Pieper, BPA)
- Aus historischer Sicht dient die Menschenwürde dem Schutz vor Verfolgung, Entrechtung, Vernichtung, Ächtung, usw. Es sieht in ihr den Achtungsanspruch eines jeden Menschen, der diesem unabhängig von seinen Eigenschaften, seinem körperlichen oder geistigen Zustand, seinen Leistungen und seinem sozialen Status zusteht. Die Menschenwürde ist damit ein Merkmal, das nur aus der Eigenschaft, ein Mensch zu sein, abgeleitet wird. Eine Verletzung der Menschenwürde liegt demzufolge vor, wenn der Mensch in einer Art und Weise zu einem bloßen Objekt herabgewürdigt wird, die ihm diesen Achtungsanspruch abspricht. (Prof. Dr. Stefan Pieper, BPA)
- Die Menschenwürde ist der Mittelpunkt des Wertesystems der Verfassung und damit die Basis aller anderen Grundrechte. Sie kann den Menschen ein Recht geben, durch Inanspruchnahme staatlicher Stellen Verletzungen abzuwehren und unter Umständen ein schützendes Tätigwerden verlangen zu können. (Prof. Dr. Stefan Pieper, BPA)
- Der Mensch ist frei. Er darf tun und lassen, was die Rechte anderer nicht verletzt oder die verfassungsmäßige Ordnung des Gemeinwesens nicht beeinträchtigt [Art. 2 HessV]. Die Würde des Mensch wirkt absolut, was zur Folge hat, daß der Mensch sowohl körperlich als auch rechtlich für Staatsdiener unantastbar, denn er steht über den staatlichen Statuten (Gesetz).
- Jeder Mensch hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Jedes Verbot, jede Vorschrift, ist das sich Erheben über die Würde eines anderen, etwas selbst zu entscheiden. **Es verstößt gegen die Würde des Menschen, den Menschen, ohne dessen Zustimmung, einem Diktat (Kriegsdienst, Pflegepflichtversicherung, Haftpflicht, Steuerzahlung etc.) oder einer Rechtsnorm oder einer sonstigen Maßnahme zu unterwerfen. Dazu zählt auch, ihn in seiner freien Entfaltung und seinem Wirken dadurch zu limitieren, indem eine Lizenz, also Genehmigung (Angelschein, Fahrerlaubnis etc.) von ihm gefordert wird.**
- **Wo der Mensch zum Objekt von Belehrung und Bewertung degradiert wird, ist seine Grundautonomie und damit seine Würde verletzt. In der Schule wird der Mensch zum Objekt dakradiert und zum Objekt erzogen. Das ist der Grund, warum sich so sehr viele Menschen unterwerfen, sich fügen und unfähig sind, einen eigenen Willen zu bilden. Unterschwellig laufen Programme ab, die durch die "Aus-Bildung" erzeugt wurden und die den Menschen hindern, bei der "Ent-Wicklung" seiner Fähigkeiten** Finden Worte des Menschen keine Beachtung, so läßt das die Vermutung zu, daß der Mensch von der Verwaltung, dem BUND etc. als reines Objekt angesehen wird. Hier greift der Schutz der Würde des Menschen. Eine Verletzung der Menschenwürde liegt demzufolge vor, wenn der Mensch in einer Art und Weise zu einem bloßen Objekt herabgewürdigt wird, die ihm diesen Achtungsanspruch abspricht. Die Menschenwürde ist ein objektives Recht, nicht abwägungsfähig, ein "Grundsatz", welcher vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht binden und den Staat zu einem bestimmten Tun, Erteilung von Auskunft, verpflichtet.

- Glauben, Gewissen und Überzeugung sind frei [Art. 9 HessV]
- Das natürliche Lebensprinzip eines Menschen ist bedingungsloses Agieren und / oder Schenken / bedingungsloses Helfen / im Ganzen bedeutet es auch: handeln in bedingungsloser Liebe.
- Niemand darf in seinem wissenschaftlichen oder künstlerischen Schaffen und in der Verbreitung seiner Werke gehindert werden [Art. 10 HessV]
- Die Wohnung ist unverletzlich [Art. 8 HessV]. Das Eindringen in den privaten Wohnbereich eines Menschen ohne seine Zustimmung, ist eine Verletzung seiner Würde. Werden Verträge an der Wohnungstür mit einem Treuhandvertreter geschlossen, so handelt es sich um Haustürgeschäfte.
- Menschenwürde ist der innere und zugleich soziale Wertanspruch, der dem Menschen um seinerwillen zukommt. Privates Handeln ist geschützt durch den Anspruch an Menschenwürde.
Eine Dienstperson ist hingegen nicht als Mensch zu betrachten, denn sie handelt immerzu öffentlich und eben nicht privat. Eine Dienstperson ist daher als Vertragskörper anzusehen, die die Verpflichtung hat, dem Willen des Menschen im Rahmen ihrer Vertragsgrundlagen (Treuhandauftrag) zu entsprechen.

- Gott erschuf den Menschen nach seinem Ebenbild. Daher handelt der Mensch im Auftrag Gottes, des Schöpfers. Der Mensch schuf den Staat als vertragliches Treuhandkonstrukt, also einen Vertragskörper. Ein Vertragskörper ist ein lebloser Korpus/ Korporation zur vertraglichen Verwaltung derjenigen die Begünstigte dieser Treuhand sein sollen- die Menschen. Der Staat schuf die PERSON als Verwaltungsvermögen, dessen Begünstigter der Mensch ist. Der Staat als Treuhänder hat die Verpflichtung der Daseinsvorsorge des Begünstigten, also des Menschen zu leisten und zu gewährleisten, damit dieser ein menschenwürdiges Leben führen kann.

Der Staat ist ausschließlich um des Menschenwillen da und muß Verletzungen der Menschenwürde verhindern. Jeder der amtlich und öffentlich in diesem Treuhandkonstrukt bedienstet ist, nimmt die Treuhänderschaft des Staates ein. Es obliegt keinem Treuhänder die statuarischen Regeln zu seinen kommerziellen Gunsten zu verändern. Die Vorfahren der Menschen erschufen den Staat. **Der Staat ist somit Eigentum seiner Begründer. Die Nachfahren der Menschen von damals sind heute die Rechtsnachfolger und damit die Eigentümer des Staates. Die Eigentumsrechte müssen durch Abstammungsurkunden nachgewiesen werden.**

- Die Menschenwürde besteht darin, daß der Mensch als geistig-sittliches Wesen von Natur darauf angelegt ist, in Freiheit und Selbstbewußtsein sich selbst zu bestimmen und in der Umwelt auszuwirken. Dabei muß der Staat ihn unterstützen, wo dies möglich ist. Auch hat der Staat eine Fürsorgepflicht und muß alle Verpflichtungen und Verbindlichkeiten des Menschen begleichen. Um dies zu ermöglichen erschafft der Staat ein „gesetzliches“ Tauschmittel, welches er Geld nennt. Dafür erstellt er ein Wertpapier (Pfandbrief- die Geburtsurkunde) auf den Körper des Menschen, als substanziellen Wert und konvertiert das Wertpapier in Geld, welches dem Menschen zur Verfügung steht. Damit ist der Staat der Schuldner und der Mensch sein

Gläubiger. Dem Menschen stehen für den Pfandbrief (Schuldschein) Zinsen zu, die der Staat dem Menschen schuldet.

- Alle Menschen sind vor dem Gesetze gleich, ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse, der religiösen und der politischen Überzeugung [Art. 1 HessV].
- Wird einem Menschen eine Schuld unterstellt, so kann der Mensch nur sanktioniert werden, wenn er einem anderen Menschen einen körperlichen oder substanziellen Schaden zugefügt hat. Dieser Schaden und die Schuld ist nachzuweisen. Ohne Schaden keine Schuld!
- **Niemand hat das Recht, die Würde des Menschen zu verletzen, ihm physische Gewalt anzudrohen oder diese auszuüben oder gar das Recht ordnungsgemäß zu delegieren, das man selbst nicht hat. Auch ein Volk hat kein Recht an dem Körper eines Menschen um mit Hilfe von Gewalt den Menschen zu einer gewünschten Handlung zu zwingen. Dazu müßte der Mensch zunächst die Rechte an sich und seinem Körper dem Volk abgetreten haben. Folglich kann das Volk auch keine Regierung oder eine andere Institution autorisieren, einem Mensch Gewalt oder einen körperlichen, seelischen oder Materiellen Schaden zuzufügen.**
- Ein Mensch kann sich schuldig machen, wenn er geschlossene Verträge nicht einhält, also Vertragsbruch begeht. **Rechte und Pflichten eines Menschen ergeben sich aus rechtsgültigen Verträgen.** Aus diesem Grund besteht immerzu die Notwendigkeit, **substanzielle Verträge zwischen dem Menschen und dem Treuhänder oder einem Partner zu schließen.** Denn ein Vertrag definiert das Recht der teilnehmenden Partner welches wechselseitiges Verfügungsrecht oder Nutzungsrecht durch Haftungsverpflichtung deckt. Jeder Wechsel von Rechten und Haftung der beteiligten Vertragsparteien muß definiert und ausgewogen gestaltet sein so daß Vermutungen ausgeschlossen sind. Deshalb können Vermutungen, wie eine „Steuerpflicht“ für Menschen, niemals Recht sein, weil Vermutungen nie die Haftung definieren. **Jemand vermutet einen Anspruch auf etwas zu haben womit er einen Titel zur Nutzung und Verfügung erworben haben will-** doch wo ist der Vertrag dazu? Aus diesem Grund müssen immerzu Verträge geschlossen werden! **Ein Vertrag definiert Recht und Recht wird nur durch Verträge und das darin benannte Titelrecht definiert und kann anhand dessen verifiziert werden. Es gilt: "nemo plus ius iuris transferre potest quam ipse habet" - niemand kann mehr Rechte übertragen als er selber hat oder, man kann nicht Rechte vergeben, über die man selbst nicht verfügt. Wer Rechte oder Gesetze vergibt, muß Eigentümer derer sein. Niemand kann etwas geben oder verleihen was ihm nicht gehört. Keine DienstPERSON (Staatsdiener) hat das Recht über einen Menschen zu verfügen, wenn der Mensch dem nicht zugestimmt hat! Ein Mensch kann kein Recht und kein Gesetz „machen“, nur Verträge. Durch Verträge wird Recht oder Gesetz definiert! Der Mensch hat ein Recht zu atmen, an seinem Körper, an seiner Lebenszeit und Schaffenskraft. Das sind unveräußerliche, unverhandelbare und unantastbare Rechte- Gott gegebene Naturrechte. Eine Staatsgewalt kann diesen Rechten nicht übergeordnet sein.**
Ein Staat ist immerzu nur ein Vertragskörper, eine Korporation, etwas schriftlich existentes, eine Firma. Ein Mensch kann nicht gesetzlich zu etwas gezwungen werden, nur eine PERSON und für die PERSON haftet ihr Urheber oder ihr Eigentümer, wenn diese vertraglich veräußert wurde.

- Wer seine Treuhänderschaft mißbraucht indem er über selbstbestimmte Regularien gegen einen Begünstigten, indes Menschen, vorgeht, so hat er sich gegen den Vertragskorpus "Staat" sowohl formal als auch in der Substanz strafbar gemacht. Nicht nur durch Leugnung von Wissen über das Staatskonstrukt in vollständiger Entehrung über allem was Recht ist, vielmehr offenbar als staatsgefährdend zu werten ist, da es dem ursprünglichen Willen des Menschen zur Einrichtung des Staates als Treuhand zuwider läuft. Es gibt keine statuarischen Akte, die das vertraglich definierte Recht der Treuhand aushebeln könnte. Auch nicht, wenn man diese Willkürakte mißverständlich GESETZE nennt, so bleibt die Würde des Menschen immerzu unantastbar und der Mensch immerzu nicht justiziabel.
- Den Menschen zwingen zu wollen, **über selbstbestimmte Regularien** eine Verpflichtung für die PERSON gegen seinen Willen zu übernehmen, **um sich auf diese Weise einen Vermögensvorteil zu verschaffen**, ist ein manipulativer Akt und erfüllt die Straftatbestände der Nötigung, Vergewaltigung, Erpressung, Raub und schwerer Raub [8. und 10. Gebot 2. Mose 20, Vers 16 und 17b].
Eine Manipulation bei der Entscheidungsfindung, des Entscheidungssuchenden gegen den Willen des Entscheidungssuchenden, ist auch eine Mißachtung der Menschenwürde und eine Menschenrechtsverletzung.
- Der Mensch ist lediglich als **Gefallensgeber im Geschäftsbesorgungsauftrag** der Verwaltung/ BUND des Staates tätig [vergl. UCC § 3-419], indem er die fiktionalen Forderungen des Treuhänders durch „Akzeptanz für erhaltenen Wert“ indossiert und damit den Treuhänder (BUND/Verwaltung) legitimiert, das Treuhandkonto [Vgl. HRJ 1933] mit den akzeptierten Offerten/fiktionalen Forderungen zu belasten.
- Ein Mensch darf nicht durch einen Staat gezwungen werden, Geld an ihn zu bezahlen, denn er hat den Staat als Treuhand erschaffen, damit er den Menschen in seiner Rolle als Begünstigten dient und der Mensch all seine Energien zu seiner Potentialentfaltung nutzen kann. Der Mensch haftet für die Verbindlichkeiten des Staates und ist aus diesem Grund sein Gläubiger und der Staat der Schuldner des Menschen, für die der Mensch auch Zinsen erhalten muß. Verzichtet der Mensch hingegen auf Zinszahlungen vom Staat, so ist er von sämtlichen Abgaben und Steuern zu befreien, da mit Steuern und sonstigen Abgaben die Zinsen des Staates bei Gläubigerbanken bedient werden. Eine staatliche Zahlungsaufforderung in Geld ist eine Aufforderung zum Diebstahl, denn dem Menschen steht von Natur her, kein Geld zur Verfügung. Damit ist jede Zahlungsaufforderung in Geld das Erheben über eines anderen Menschen Würde und eine Menschenrechtsverletzung.

Verlangt ein Staat von den Menschen Geld, so sind diese gezwungen, es anderen Menschen weg zu nehmen, also Diebstahl zu begehen. Oder sich für Geld (einen fiktiven, toten Vermögenswert ohne Würde), durch die Verwendung seiner Lebenszeit, in der Hierarchie einer Firmenstruktur, nicht für sich und der Entfaltung seiner Potenziale nutzen zu können, zu unterwerfen, wodurch er zu einem Mittäter in einem Sklaventum gemacht wird. Durch eine Geldforderung des Staates wird der Mensch in die Sklaverei getrieben. Er ist gezwungen sich zu prostituieren.

- Die Würde und die Ehre eines Menschen ist verletzt, wenn der Staat, der im Staatsbankrott handelt, mangels nicht vorhandener gesetzlicher Zahlungsmittel, sich weigert, Geldsurrogate, also dessen Zahlungsversprechen (Banknoten/ Wechsel/ Schuldscheinen) des Menschen anzunehmen. Dies kommt einer strafbaren

Handlungen gleich, da sowohl der Staat als auch jede vom Staat geschaffene Person (Rechtssubjekt) immer nur Schuldner sein kann. Der einzig Begünstigte und der einzige substanzielle Wert in dieser Treuhand ist der Mensch hinter der PERSON, der wahre und einzige Kreditor und Schöpfer von substanzialen Werten. Der Staat, der in der privaten Simulation/ Fiktion einer statuarischen Öffentlichkeit private (statuare) Regeln zu Gesetzen und private Werteinheiten privater Zettel (Wechsel/ Zahlungs- bzw. Buchungsversprechen) von privaten Buchhaltungsgesellschaften (Banken) zu Geld erklärt, hat nach offenkundigen und eigenen Regeln ausgedient. Jedes so genannte Zahlungsversprechen ist physisch gesehen ein Stück Papier, welches mit einer Unterschrift versehen ist und damit begebbar ist, wie Wechsel auch begebare Wertpapiere sind- wie ein Schuldschein auch. Begebbar heißt im Sinn von "weiter zu geben" etwas "leichtes und legales", so wie es geschriebene Verträge gibt.

- Ehre und Würde eines Menschen sind verletzt, wenn seine Briefe, Schreiben und Urkunden ignoriert werden, indes unbeantwortet bleiben.
- Das in dem Grundrecht der allgemeinen Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG) enthaltene allgemeine [Persönlichkeitsrecht](#) weist insbesondere in den Ausprägungen des Schutzes der Privatsphäre und der Intimsphäre eine enge Verbindung zur Menschenwürde auf. [<http://www.bpb.de/wissen/KZ5YWA>]
- Der Mensch kann sich seine eigenen Gesetze geben und nach ihnen handeln, das unterscheidet ihn von allen anderen Wesen (Emanuel Kant). Wenn über einen Menschen entschieden wird, wenn über seinen Kopf hinweg bestimmt wird, wird er zum Objekt (zum Sklaven)- er verliert seine Würde. Ein Mensch darf niemals zum bloßen Objekt staatlichen Handelns gemacht werden.
- Jede Übertragung von Rechten an den Menschen hat einen Preis, den es für den Übertrager zu zahlen gilt. Die Höhe des Preises bestimmt der Mensch.
- Der Mensch ist ein Subjekt, der sich auf gleicher Höhe mit seinen Partnern befindet. Niemand hat das Recht, den Menschen zu einem Objekt herabzuwürdigen um ihn hin und her zu schieben, ihn zum Objekt seiner Bewertung und am Ende noch zum Objekt seiner Maßnahmen zu machen. Solcherlei Maßnahmen sind keine legitimen Handlungen und nicht zu duldenende Rechtsbrüche.
- Wer einen Menschen maßregelt, macht ihn zum Objekt seiner Bewertung. Wer einem Menschen einen Rat erteilt, macht ihn zum Objekt seiner Beratung. Wer von einem Menschen Geld für eine nicht erbrachte Leistung verlangt, macht ihn zum Objekt eines fiktionalen Wirtschaftssystems.
- Kein BUNDESBEDIENSTETER hat ein Recht Forderungen an einen Menschen (natürliche PERSON) zu richten. Der Mensch ist das göttliche Wesen, welches mit einem Inkarnationsauftrag die Erde bewohnt. Sollte der Staat ein Recht besitzen, daß er über dem Menschen steht, daß der Mensch dem Staat Rechtsnormunterworfen ist und der Staat den Menschen zu Handlungen zwingen darf denen der Mensch nicht entsprechen möchte, so ist jeder BUNDESBEDIENSTETE verpflichtet einen belastbaren Nachweis hierfür zu erbringen, daß er im Besitz solcher Rechte ist. Ohne Vorlegung eines entsprechenden Nachweises ist jegliche Forderung unwirksam und stellt eine Verletzung der Würde des Menschen dar. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Vertragssubjekt ist die juristische PERSON, deren Eigentümer und Urheber der Staat ist und das Vertragssubjekt erhält regelmäßig Wechselbriefe, die Titel haben wie Rechnung, Mahnung, Zahlungsaufforderung, Angebot etc. und immer nur Wechselbriefe öffentlicher Mittel (Verwaltungsvermögen) sind, die verwendet werden, um den Menschen zu bitten, diese "Wertpapiere" anzunehmen, zu akzeptieren. Kommt der Mensch der Bitte um Akzeptanz nicht nach, so entehrt er den Treuhänder, den Wechselbrief-Herausgeber. Die Entehrung wird dann mit Mahnung, Zahlungsfrist, letzte Zahlungsaufforderung betitelt. Der Wechselbrief-Herausgeber und Kreditnehmer sucht auf diese Weise einen Weg, um weiteren Kredit von dem Menschen zu erhalten, da er seinen Haushalt zu finanzieren hat und um weiterhin den Menschen zu Diensten zu sein zu können.

Jedes Vergehen und jede Schuld, die einer PERSON angelastet wird, muß hinterfragt werden. Daher ist zunächst zu klären, wer der Urheber, der Eigentümer und damit der Organverwalter der PERSON ist. Diese Frage gilt es zunächst eindeutig zu klären, also für Klarheit zu sorgen und immer daran denken, alles was ein Mensch als Eigentum nennen kann, ist sein "Christlicher Name" (Vorname) und seine unantastbaren Rechte, Sachen zu nutzen (Intangible property rights to use) und die Grenzen und Würde anderer Menschen, Tiere und Natur zu respektieren. Die Verpflichtungen des Menschen beschränken sich nur auf diese goldene Regel.

Zusammenfassung 1

Jeder Mensch hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Jedes Verbot, jede Vorschrift, ist das sich Erheben über die Würde eines anderen, etwas selbst zu entscheiden. Es verstößt gegen die Würde des Menschen, den Menschen, ohne dessen Zustimmung, einem Diktat (Kriegsdienst, Pflegepflichtversicherung, Haftpflicht, Steuerzahlung etc.) oder einer Rechtsnorm oder einer sonstigen Maßnahme zu unterwerfen. Dazu zählt auch, ihn in seiner freien Entfaltung und seinem Wirken dadurch zu limitieren, indem eine Lizenz, also Genehmigung (Angelschein, Fahrerlaubnis etc.) von ihm gefordert wird.

Niemand hat das Recht den Menschen zu etwas zu zwingen, das er nicht möchte. Er kann nicht zur Annahme einer PERSON, deren Urheber der BUND/Staat ist und auch nicht zur Annahme von Regularien, die andere Menschen erschaffen haben, gezwungen werden. Auch nicht, wenn man diese selbstbestimmten Regularien mißverständlich Gesetze nennt. Der Mensch und seine Würde sind immerzu unantastbar, denn beide sind nicht verhandelbar.

Der Mensch kann sich seine eigenen Gesetze geben und nach ihnen handeln, das unterscheidet ihn von allen anderen Wesen (Emanuel Kant). Wenn über einen Menschen entschieden wird, wenn über seinen Kopf hinweg bestimmt wird, wird er zum Objekt (zum Sklaven)- er verliert seine Würde. Ein Mensch darf niemals zum bloßen Objekt staatlichen Handelns gemacht werden.

Alle Gesetze (Rechtsnormen) werden durch PERSONEN erschaffen. Ein Staat, eine Regierung ist immerzu nur eine fiktionale juristische PERSON, ein Vertrags-körper, eine Korporation, etwas schriftlich existentes, eine Firma und eine solche PERSON hat nicht die Rechte, über Menschen zu bestimmen. Das heißt, daß Rechte (Gesetze) von PERSONEN nicht auf den Menschen übertragbar sind, denn dem Menschen gehören die Rechte. Der Mensch ist frei von Regierungsbindung!

Wir wissen, dass alle Gesetze von Personen ausgehen und auch, dass sie gegen oder auf Personen wirken d.h. daß das Prinzip der Klassifizierung die Differenz in den Objekten ist, auf die sich die Regeln beziehen.

Die PERSON Max Georg von Mustermann ist kein integraler Bestandteil von Deutschland oder der Bundesrepublik Deutschland, sie unterscheidet sich dahingehend zur PERSON MAX MUSTERMANN, daß es sich bei Max Georg von Mustermann aufgrund ihrer Urheberschaft um eine natürliche PERSON handelt und bei MAX MUSTERMANN aufgrund deren Urheberschaft um eine juristische PERSON, die als PERSON wie auch der Name der PERSON dem Recht des Staates unterliegt, dem sie angehört [vgl. Art. 10 BGBEG]. Niemand kann rechtmäßig über die PERSON Max Georg von Mustermann Autorität ausüben.

Der PERSON MAX MUSTERMANN ist die Rechtsfähigkeit durch die staatliche Gewalt übertragen.

Dem Menschen wird damit durch die staatliche Gewalt zugestanden, sie als PERSON in Anspruch zu nehmen und dadurch Träger von Rechten und Pflichten sein zu können. Doch dafür bedarf es eines "Nutzungsvertrages" ohne den sich der Mensch bei der Beanspruchung des staatlichen Eigentums, der PERSON MAX MUSTERMANN, strafbar machen würde [vgl. BGB § 858 Verbotene Eigenmacht]. Die Zusendung von Angeboten die Namen wie Bescheid, Ordnungswidrigkeit, Strafbefehl, Urteil, oder ähnliches haben und an die Adresse des Menschen gerichtet sind, damit der Mensch als Organ der juristischen PERSON handelt in dem irrigen glauben, er sei die PERSON, ist als geschäftsmäßigen Betrug anzusehen, denn der Mensch wird auf diese Art genötigt, für die ihm angedichtete PERSON, die Eigentum des Staates ist, zu handeln, was ihm von gesetzlicher Seite verboten ist. Das ist Anstiftung zu einer Straftat [vgl. § 26 StGB] sowie Nötigung und Erpressung [Die Anstiftung ist neben der [Beihilfe § 27](#) StGB eine Form der [Teilnahme](#) an einer Straftat]. Eine Inanspruchnahme der (juristischen) PERSON und ihrer Rechte kann dem Menschen nicht gegen seinen Willen durch die Bestimmung eines anderen aufgezwungen werden. Dies würde der gesetzlichen Tatsache widersprechen, daß die Würde des Menschen unantastbar ist [vgl. Art. II, 61 der Charta der Grundrechte der Union].

Der Mensch ist seinem naturgegebenen Wesen nach kein Rechtssubjekt. Er ist frei, nicht rechtsfähig und nicht justiziabel. Er kann nicht ohne sein Zutun Träger der Rechte und Pflichten der PERSON werden. Es bedarf dazu der Willenserklärung des Menschen, relative Rechte für sich in Anspruch nehmen zu wollen.

Es ist inzwischen gut geklärt, dass es kein Rechtsmittel zugunsten einer Person gegen einen Staat gibt, um die Erfüllung eines Vertrages zu erzwingen, obwohl es klar ist, dass ein Staat kein Gesetz erlassen kann, das die Verpflichtung eines einmal abgeschlossenen Vertrages beeinträchtigt. Der Mensch ist nur an die Gesetze der Natur gebunden. Er ist keiner von Menschen gemachten Rechtsnorm unterworfen. Der Mensch kann die Regeln einer Gemeinschaft achten, doch sind sie für ihn in seinem natürlichen Zustand nicht verbindlich. Jeder Mensch ist unabhängig von allen Rechtsnormen. **Nach genau diesem vom Gericht vertretenen Prinzip kann man nicht gezwungen werden, sich woanders hinzubegeben, denn wenn überhaupt, zieht man sich aus dem Konzernstaat zurück und lebt auf dem Land des Herrn an dem geografischen Ort, der Deutschland genannt wird, und nicht Bundesrepublik Deutschland.**

Identität

Eng verbunden mit der Würde ist die Identität eines Menschen. Die Identität des Menschen ist eine Zugehörigkeit, zu der sich ein Mensch hingezogen sieht oder fühlt. Hier spielt auch die Blutlinie eine große Rolle, denn sie ist das Bindeglied zu einem Kollektivbewußtsein. Einer

Zelle eines Menschen ist es egal, was aus ihr wird. Die kann ein Teil einer Lunge, einer Niere oder des Gehirns werden. Sie besitzt steht's alle Informationen aber auch das Wissen darüber. Man sagt, nichts geht verloren. Ein Tier wird immerzu die Merkmale aufweisen, die seiner Gattung inne wohnt. Ein Pferd als Fluchtwesen wird niemals die spezifischen Merkmale eines Greifvogels oder eines Löwen aufweisen, egal in welcher Umgebung es aufwächst. Gewisse Verhaltensmerkmale wird jedes Wesen aufweisen, zu dessen Gattung es zuzuordnen ist. Das ist naturgegeben.

Und so weißt auch jedes menschliche Wesen Merkmale auf, die durch Erlebnisse und Prägung seiner Vorfahren entstanden sind. Dazu zählt auch ganz wesentlich die Volkszugehörigkeit. Subsumiert bildet all das die Identität eines Menschen auch über Generationen hinweg. Die Identität eines Menschen ist also nicht nur eine objektive, sondern vielmehr eine subjektive Zugehörigkeit, die auch ganz erheblich Zugriff auf seine Entwicklung hat. Die Abstammung eines Menschen bildet einen ganz erheblichen Teil seiner Identität, ohne daß der Mensch sich dessen bewusst wäre oder gar ist.

Problematisch sind in diesem Zusammenhang Bluttransfusionen sowie Organtransplantationen, denn auf diese Weise gelangen Wissen, Fähigkeiten aber auch die Vergangenheit eines anderen Menschen, in einen neuen Körper und damit auch in dessen Bewußtsein. Das Gewebe und die Zellen enthalten alle Informationen. Dies kann zu Bewusstseinsstörungen aber auch Persönlichkeitsveränderungen führen, denn neben Wissen und den Fähigkeiten werden auch Ängste und Erfahrungen mit übertragen. Das geht soweit, daß das Blut des Spenders mit dem Blut des Empfängers der Blutspende in Resonanz steht und gegenseitig Informationen austauscht.

Im Normalfall wird der Körper eines Menschen von einer präexistenten Seele belebt. Doch kann es vorkommen, daß ein Körper auch von zwei Seelen „bewohnt“ wird. Durch verschiedene Faktoren ist ein solcher Zustand möglich. Die Medizin spricht hier von „multipler Persönlichkeit“, da die Existenz einer Seele im Körper eines Menschen an für sich schon verneint wird. Besonders prekär ist eine solche Situation, wenn es sich bei der zweiten Seele (Geistwesen) um einen Dämon handelt, einen so genannten Archonten (vgl. [Nag-Hammadi-Schriften](#) Kodex II (NHC II,4)). Dämonen oder auch Archonten benötigen Hass als Energiequelle, im Gegensatz zu der menschlichen Seele, die Liebe als Energiequelle benötigt. Wir wissen aus Erfahrung, daß Menschen ohne Lieber auf Dauer zugrunde gehen. Gleiches gilt für Archonten, die ohne Hass auf Dauer zugrunde gehen. Daher muß ein von einem Dämon besetzter „Mensch“ immerzu für Zwietracht, Chaos, Terror, Katastrophen, Krieg und der Gleichen sorgen, denn er benötigt das Kollektivbewußtsein von Angst und Verzweiflung für sein Überleben. Hass und Liebe bilden die Dualität auf der dreidimensionalen Erde. So ist es nicht verwunderlich, daß vornehmlich auf Führungsebene sehr viele Archonten ihren Dienst verrichten, denn hier können sie sich am besten entfalten und Hass unter den Menschen stiften. Die Schaffung von Religionen und die sich daraus ergebenden Kriege, die Vertreibung von Völkern aus ihrem angestammten Siedlungsgebiet, Erhebung von Zwangsabgaben wie Steuern, GEZ, Pflegepflichtversicherungen, Feinstoffabgabe etc., Verunreinigung der Natur, Erschaffung von Terrorakten und künstlichen Naturkatastrophen wie Tsunamies aller Art, Zwangsimpfung, Kriegsdienst und so weiter, sind nicht das Werk von geistig sittlichen mit Sprachvermögen begabten Wesen, die in Liebe und Frieden leben wollen, sondern von Dämonen, die in den alten Schriften "Archonten" genannt werden und geistige Wesen sind, die sich als "Schmarotzer" einen Menschen als Wirt aussuchen und in ihnen leben und wirken.

Wir bezeichnen solche Menschen/Wesen daher oft als Psychopaten, die wenig Empfindsam, ein Gemüht gleich einem Reptil aufweisen und oftmals skrupellos wirken oder auch sind. Die alten Schriften wie den **Apokryphen** oder den **Knostischen-Schriften** befassten sich

Inhaltlich bis zu ca. 20 % mit den Wesen der Archonten, auch die Bibel. Doch im Laufe der Zeit verschwanden diese Texte wie auch alte Bibliotheken, wie der Zusammenbruch der Kölner Bibliothek oder der Brand der Bibliothek von Alexandria oder die Vernichtung von Bibliotheken in Syrien, Lybien oder im Irak. Das alles ist kein Zufall, sondern hat Methode. Das "alte Wissen" und die Erinnerung daran soll verschwinden.

Es wird also ein Identitätsverlust erzeugt. Einem bewußten Menschen können Archonten nicht habhaft werden. Sie nutzen Schwächen der Menschen als Einfallstore. Solche Schwächen können zum Beispiel eine sehr große Frömmigkeit eines Menschen sein, die durch sehr viel Beten in Erscheinung tritt. Es kann der ungeschützte Bewußtseinszustand nach Einnahme von Drogen oder die Narkose bei einer OP oder das exzessive Hören von "Heavy Metal" Musik sein. Auch Rituale, wie sie zum Beispiel bei der Einweihung in einen bestimmten Freimaurer-Grad zur Anwendung kommen, können ein Einfallstor für eine Fremdbesetzung durch einen Dämon sein. Aus diesem Grund muß der Mensch stets mit Bedacht in seinem Leben wirken und je mehr er sich seiner göttlichen Herkunft und damit seiner Identität bewußt wird, desto weniger kann er als Diener von fremden, indes dunklen Mächten mißbraucht werden.

Eine positive Entwicklung kann der Mensch dadurch nehmen, indem er sich seiner Herkunft, seiner Identität bewußt wird/ist, seinem Inkarnationsauftrag folgt und steht's in Liebe, Frieden und der daraus resultierenden Güte handelt, zum Wohle aller Wesen.

Jede Vornahme unerwünschter Bewertung eines Menschen, ist eine Verletzung seiner Würde

Darf die Verwaltung oder die Presse einen Menschen als Reichsbürger bezeichnen, wenn er kein Angehöriger eines Reiches ist?

Die Bundesrepublik Deutschland gerät zunehmend unter Druck und Erklärungsnot, denn immer mehr Menschen fragen sich, ob das, was 1990 mit der so genannten "Wiedervereinigung" rechtens war und ob das, was wir derzeit erleben noch im Einklang mit der verfassungsmäßigen Grundordnung, dem Grundgesetz im Einklang steht?

Wer dies hinterfragt wird oftmals, ohne gehört zu werden, von der Verwaltung und deren alphanumerischen Ableitungen als Reichsbürger stigmatisiert. In Artikel 1 des Grundgesetzes heißt es:

"Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."

und in Artikel 3 des Grundgesetzes finden wir das folgende Grundrecht:

"Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden."

Wenn die Verwaltung die Grundrechtsverpflichteten sind, dürfen deren Bediensteten dann den Menschen als "Reichsbürger" stigmatisieren, wenn er eine andere politische Meinung vertritt, als die, die es zu wählen gilt, die BUNDESREGIERUNG"?

Ein „Reichsbürger“ ist ein Mensch, der der Ideologie der Nazi-Zeit sowie des Usupators und Putschisten Adolf Hitler unterliegt und dieses Gedankengut in sich trägt oder gar verbreitet. Der Begriff des Reichsbürgers wurde von dem Usupator und Putschisten Adolf Hitler erstmals in Wort und Schrift in dessen „Gesetzen“ (**Reichsbürgergesetz** (RBG) vom 15. September 1935 (RGBl. I S. 1146)) verfaßt.

Es stellt sich die Frage, wie ein BUNDESBEDIENSTETER einen Menschen als „Reichsbürger“ bezeichnen und ihn auf diese Weise in der Öffentlichkeit verunglimpfen, diskreditieren und entehren darf?

Eine solche Entehrung, Verunglimpfung und Entwürdigung ist ein schwerwiegender Eingriff in die Persönlichkeitsrechte und verletzt zutiefst dessen Würde und ist im Weiteren als Volksverhetzung zu qualifizieren. "Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten " lautet das 8. Gebot der Bibel (Mose 5. Buch Mose, 5.20). Dir Würde des Menschen ist bekanntlich unantastbar.

Mit der Bezeichnung Andersdenkender als Reichbürger wird eine Spaltung erzeugt in gut und böse und damit Hetze betrieben. Eine Stigmatisierung Andersdenkender mit der Bezeichnung "Reichsbürger" läuft dem demokratischen Grundgedanken und der garantierten Meinungsfreiheit zuwider und erfüllt damit den Straftatbestand der Volksverhetzung, der üble Nachrede, der Beleidigung, Verleumdung und Verfolgung Unschuldiger.

Wer eine solche Stigmatisierung Andersdenkender in der Öffentlichkeit vornimmt macht sich nicht nur diverser Straftaten schuldig, vielmehr weist ein solches Verhalten auf eine Persönlichkeitsstörung hin, die eine narzisstische Selbstentfremdung als Grundlage erkennen läßt.

Die Stigmatisierung dient einzig der Unterdrückung jeder unerwünschten Wahrheit. Wer soetwas duldet, unterstützt eine antidemokratische Gesinnung und ist zugleich ein Unterstützer abnormer Entwicklungen und zeigt ebenso Symptome einer narzisstischen Störung und Falschbewertung die den demokratischen Disput zu einer Meinungsdictatur degradiert.

In einer Demokratie geht es nicht allein um die allein richtige Meinung, sondern darum, daß Meinungen kontrovers sein können und selbst solche Positionen die verletzen, schockieren, beunruhigen schützenswert sind.

Wer die Freiheit des Menschen durch Taten gegen das Freiheitsgebot, dass Niemand wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf in Frage stellt, in dem er einen Menschen wegen seiner politischen Anschauung als „Reichsbürger“ stigmatisiert ist als Rassist zu qualifizieren.

Rassisten sind aus dem Staatsdienst zu entfernen, denn sie verstoßen gegen ihren geleisteten „Amtseid“, der da lautet:

"Ich schwöre, daß ich das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Hessen sowie alle in Hessen geltenden Gesetze wahren und meine Pflichten gewissenhaft und unparteiisch erfüllen werde, so wahr mir Gott helfe " .

Wer gegen seinen Eid zu wider handelt, gilt als unehrenhaft und unzuverlässig. In einer Demokratie darf es keinen Raum für Eidbrecher und Rassisten innerhalb ihrer Verwaltung geben.

Die Stigmatisierung eines Menschen als "Reichsbürger" ist eine Straftat wie Beleidigung, Verunglimpfung und Volksverhetzung, die es zu sanktionieren gilt. Da die "BUNDESREGIERUNG" solche Straftaten ihrer Verwaltungsbediensteten unterstützt und fördert, ist aus Reihen der BUNDESEINRICHTUNGEN keine Sanktionierung der Täter zu erwarten, so daß Menschen, was gleichbedeutend mit dem Volke ist, solch öffentliche Entehrung, Verunglimpfungen und Entwürdigungen nur durch eine sofortige Etablierung eines kommerziellen Sicherungsrechtes möglich ist, wenn keine Heilung auf anderweitigem Weg möglich erscheint.

Auf diese Weise wird die Kreditwürdigkeit des Verwaltungsbediensteten als Folge der Verletzung der Würde des Menschen zerstört. All das muß gut durchdacht sein.